



Medienkonferenz «Leitbild Suchtpolitik 2014-2018» vom Mittwoch, 6. August 2014

REFERAT VON REGULA MÜLLER, LEITERIN KOORDINATIONSSTELLE SUCHT, DIREKTION FÜR BILDUNG, SOZIALES UND SPORT

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Medienvertreterinnen

Sehr geehrte Medienvertreter

Ich werde in meinem Referat zuerst kurz auf die Suchtgeschichte in der Stadt Bern zurückblicken und anschliessend auf die aktuelle Situation und die Massnahmen eingehen.

Sie finden in der Medienmappe die schriftlichen Unterlagen mit einer Zusammenstellung drogenpolitisch wichtiger Ereignisse in Bern. Aus zeitlichen Gründen werde ich mich nicht zu allen Punkten äussern.

ab Mitte 70er	vermehrt Drogenszenen im öffentlichen Raum
1985	Schliessung Münsterplattform
1986	Eröffnung Fixerraum in der Münstergasse
1990	Die Drogenszene auf der Kleinen Schanze wird aufgelöst und verschiebt sich in den Kocherpark. Eröffnung Kontakt- und Anlaufstelle Nägelgasse (K+A)
1992	Schliessung Kocherpark, Auflösung Drogenszene flankierende Massnahmen: Eröffnung zweite K+A an der Murtenstrasse, Wohnangebot Messerligrube, Spritzenbus
1994	Eröffnung Heroingestützte Behandlung KODA
1997	Drogenszene in Bubenbergunterführung Start Ambulante Vermittlungs- und Rückführungsaktionen (AVR), Eröffnung BWD Albatros (Betreutes Wohnen für Drogenabhängige)
1998	Polizeigesetz mit Wegweisungsartikel tritt in Kraft
2001	K+A zieht in grössere Räume an der Hodlerstrasse, ab 2003 stehen

	nebst 9 Fixerplätzen auch 4 Inhalationsplätze zur Verfügung.
2005	Start PINTO (Prävention Intervention Toleranz), Eröffnung LaGare (Treffpunkt für Alkoholabhängige) Alkoholikerszene bei «Stein» in der Christoffelunterführung im Bahnhof wird aufgelöst
2006/ 2007	Restaurant Traube (informeller Treffpunkt für Süchtige) schliesst, Aktion Marathon in Thun Drogenszene wieder mehr im öffentlichen Raum (v.a. Schützenmatte / Reitschule) Anzahl Konsumationsplätze in der K+A wird auf 21 erhöht, K+A neu auch am Sonntag geöffnet
2008	Eidg. Abstimmung zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes, Ablehnung Hanfinitiative (Annahme in Stadt Bern)
2009	Gemeinderat verzichtet aus finanziellen Gründen auf zweite K+A, Verlängerung der Öffnungszeiten der K+A Hodlerstrasse
2010	Volksabstimmung «Für eine sichere Stadt Bern», Leistungsausbau PINTO
2014	AVR-Aktionen werden eingestellt

Lange Zeit war die Drogenpolitik durch ein unkoordiniertes Stop-and-go gekennzeichnet: mehr Polizei – weniger Polizei, mehr Hilfsangebote – weniger Hilfsangebote, strikte Regeln – weniger strikte Regeln usw. Mittlerweile hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass koordinierte Suchtpolitik das A und O ist, um eine einigermaßen stabile Situation zu etablieren: Es braucht Sozialarbeit UND Polizei, Repression UND Hilfsangebote und es braucht die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik und zwischen den drei Staatsebenen.

Seit einigen Jahren hat sich die Drogen- und Alkoholszene in der Stadt Bern auf einem Level eingependelt, der als stadtverträglich anzusehen ist. Im öffentlichen Raum sind nur noch wenige Drogen- oder Alkoholabhängige anzutreffen. Deshalb wurden nun auch die sogenannten Ambulanten Vermittlungs- und Rückführungsaktionen (AVR) eingestellt. Rückläufig sind auch die Anrufe beim Spritzentelefon wegen herumliegender Spritzen im öffentlichen Raum. Auf der anderen Seite ist die Nachfrage nach Hilfeleistungen weiterhin hoch. Die meisten Suchthilfeeinrichtungen waren im vergangenen Jahr gut bis sehr gut ausgelastet. In den meisten Fällen konnte der Bedarf nach Hilfeleistungen abgedeckt werden. Zu Engpässen kommt es vermehrt bei den Wohnangeboten. Hier soll deshalb auch ein Schwerpunkt gesetzt werden, damit in den nächsten

Jahren die niederschweligen Angebote weiterentwickelt und zusätzliche Plätze im begleiteten Wohnen zur Verfügung gestellt werden können (Massnahme 6).

Während die Drogenproblematik, insbesondere im öffentlichen Raum, deutlich reduziert werden konnte, war beim Alkoholkonsum bis vor kurzem ein Negativtrend zu beobachten. Verschiedene Orte in der Innenstadt wurden zu eigentlichen Alk-Treffpunkten für Jugendliche und junge Erwachsene, wie z.B. die Grosse Schanze, die Bundesterrasse oder der Eingangsbereich des Bahnhofs. Es gab Probleme wegen Lärm, Gewalt und Littering. In der öffentlichen Wahrnehmung ist das Rauschtrinken bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sehr präsent. Hier stimmt jedoch die öffentliche Wahrnehmung mit der Statistik nicht überein: die grosse Mehrheit der «Rauschtrinker» ist nämlich erwachsen. 2010 waren 90 Prozent der Personen, die in der Schweiz wegen einer Alkoholvergiftung hospitalisiert wurden, über 23 Jahre alt.

Die Stadt will das Problem aber nicht verharmlosen. Auch bezüglich der Alkoholproblematik ist die Kombination von schadenmindernden, repressiven und präventiven Massnahmen das erfolgsversprechende und zielführende Mittel. Dazu gehören die Einsätze von PINTO, die im «Konzept Nachtleben» vorgesehenen zusätzlichen Toilettenanlagen und die Ausweitung des Security-Konzepts ebenso wie die Schulungen für Mitarbeitende von Gastro-Betrieben zu Jugend- und Gesundheitsschutz (Massnahme 3). Unterstützend sind resp. wären hier die von Sozialdirektorin Franziska Teuscher erwähnten regulativen Instrumente in der Alkoholgesetzgebung.

Ich komme zum Schluss und zum Fazit: Wie im illegalen Bereich gilt es auch beim Alkohol die bewährten Massnahmen beizubehalten und nicht etwa auf den erzielten Erfolgen auszuruhen. Aktuell geht es – ausser beim Cannabiskonsum – nicht mehr darum, neue Lösungen und Wege für die Suchtpolitik zu finden. Vielmehr besteht die Herausforderung darin, das heutige Niveau zu halten und trotz Spardruck die Angebote der Suchthilfe bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.